

teure reklamieren zunehmend Beschäftigungsmöglichkeiten im Umweltschutzbereich, um ihre arbeitsmarktpolitischen Programme durchzusetzen. Umweltorganisationen versuchen auf der andern Seite, ihren Umstellungsforderungen durch Prognosen erheblicher Beschäftigungseffekte zusätzliches Gewicht zu verleihen. Dieses gegenseitige, fast symbiotische Inanspruchnahme führt dazu, daß auf beiden Seiten mit größten quantitativen Wirkungen gearbeitet wird, wobei im Ergebnis sowohl die Qualität des Umweltschutzes als auch die Qualität der Arbeitsplätze kaum genauer geprüft werden. Bei nüchterner Betrachtung sind die Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes nicht als Potential erster Ordnung einzustufen (2).

Diese Begründung der Umweltpolitik als Arbeitsmarktpolitik und damit die Entkoppelung von Umweltthemen führen dazu, daß jene Bereiche, wo keine positive Verbindung zwischen Umweltschutz und Beschäftigung hergestellt werden kann, stark zurückgedrängt werden.

Je lauter umweltpolitische Maßnahmen mit dem Arbeitsplatzargument verbunden werden, desto öfter wird bei Vorschlägen im Umweltbereich gefragt: „Und wieviele Arbeitsplätze bringt denn das?“ In den meisten Fällen (und vor allem bei Betrachtung des Nettobeschäftigungseffektes) (3) wird die Antwort den Fragesteller enttäuschen. Verbunden mit hohen Erwartungen an den Umweltschutz als Beschäftigungsmotor wird die Ablehnung solcher Maßnahmen um so schneller erfolgen.

Die Tendenz, daß Umweltpolitik, wo sie nicht unmittelbar der Beschäftigung nützt und wo sie (vermeintliche) höheren Profiten im Wege steht, zu weichen hat, wird in der letzten Zeit ganz konkret sichtbar.

2. Eine konjunkturbestimmte Diskussion

Durch die Umweltdiskussion des letzten Jahres weht ein kräftiger Hauch der siebziger Jahre: Die Unternehmen verweisen auf hohe Kosten durch Umweltschutzausgaben und Umweltbürokratie und prophezeien Wettbewerbsverzerrungen und Arbeitsplatzverluste. Die „Umweltbewegung“ weist im Gegensatz dazu auf viele mögliche Umweltinvestitionen hin, die Arbeitsplätze schaffen. Die Diskussion verengt sich auf das Zählen fiktiv verlorener oder imaginär gewonnener Arbeitsplätze. Die „konjunkturbestimmte Wertigkeit“ des Umweltschutzes ist nicht neu und läßt sich über die gesamte Geschichte dieses Politikbereiches verfolgen.

Zu Beginn erster Umweltschutzaktivitäten in den sechziger und siebziger Jahren hat das Thema Arbeitsplätze und Umweltschutz (egal, ob eine positive oder negative Wirkung vermutet wurde) keine Rolle gespielt. In dieser Zeit der Vollbeschäftigung stand die Frage im Vordergrund, wo zusätzliche Arbeitskraft beschafft werden könnte. Durch die Rezession und die in der Folge stark gestiegene Arbeitslosigkeit, die in weiten Teilen der westlichen Welt den Ölpreisschocks 1974 und 1981 folgte, kam der Umweltschutz ins beschäftigungspolitische Gerede. Umweltschutz würde die